

Die neuen Themen Klima und Krieg: Die AfD als Krisenprofiteur der Zeitenwende

Manès Weisskircher

1. Einleitung

Die Alternative für Deutschland (AfD) wurde im September 2021 mit Verlusten (10,3 Prozent, -2,3 Prozentpunkte) zum zweiten Mal in den deutschen Bundestag gewählt. Als nun zweitgrößte Oppositionspartei erlebte sie unmittelbar nach dem Regierungsantritt der Ampel-Koalition im Dezember 2021 einen nur mäßig erfolgreichen Start: Im Frühjahr 2022, im Kontext der russischen Großinvasion der Ukraine, fiel die AfD bei bundesweiten Umfragen unter die Zehn-Prozent-Marke. Im Mai 2022 flog die Partei in Schleswig-Holstein gar zum bisher einzigen Mal aus einem Landtag. Daraufhin vermutete die Berichterstattung einiger Leitmedien bereits den Anfang vom Ende der Partei – erst recht, als beim Bundesparteitag in Riesa im Juni 2022 radikale Politikerinnen und Politiker die »Gemäßigten« des ehemaligen Meuthen-Lagers im Bundesvorstand ersetzten. Nicht nur *Die Zeit* (*Zeit Online* 2022) sah die »Partei in der Dauerkrise«.

Doch schon zum damaligen Zeitpunkt ließen zwei analytische Perspektiven vermuten, dass beim verfrühten Abgesang der AfD der Wunsch Vater des Gedankens war. Zum einen zeigte der internationale Vergleich, dass Rechtsaußen-Parteien in den meisten westeuropäischen Ländern langfristig elektoral starke Phänomene sind (Mudde 2019). Oftmals überstehen sie auch schwere Krisen: Die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) ist hierfür ein markantes Beispiel, da selbst der Ibiza-Skandal 2019 nur einen kurzen elektoralen Einbruch bedeutete. Zum anderen war schon vor Riesa eine wichtige AfD-interne Entwicklung absehbar: Der Abgang Meuthens und seiner Vertrauten bot die Möglichkeit, die vielfältigen und teils massiven innerparteilichen Konflikte zu

entschärfen, die die Partei seit ihrer Gründung im Jahr 2013 geprägt und zum Teil gebremst hatten (Heinze/Weisskircher 2021). Ungeachtet der Höhen und Tiefen der tagespolitischen Konjunktur ist die AfD der dominante Akteur in einer breit aufgestellten deutschen Rechtsaußen-Landschaft, die im letzten Jahrzehnt an organisatorischer Stärke gewonnen hat (Weisskircher 2024).

Im zehnten Jahr ihres Bestehens änderte sich die Lage der AfD in einem für sie günstigeren politischen Umfeld rasch – und zwar noch im ersten Jahr der Regierung Scholz, als (auch) die AfD den Krieg Russlands gegen die Ukraine thematisch in den Mittelpunkt rückte (Arzheimer 2023, Volk 2023). In Westeuropa setzen Rechtsaußen-Parteien wie die AfD nicht allein auf Anti-Einwanderungs-Kampagnen, um zu reüssieren (Mudde 1999) – eine Entwicklung, die während der COVID-19-Pandemie besonders augenscheinlich wurde (Wondreys/Mudde 2020). Während der *Zeitenwende* waren der Ukraine-Krieg (Ivaldi/Zankina 2023) und die Klimapolitik (Forchtner 2019) die wichtigsten Beispiele für Rechtsaußen-Mobilisierung ohne primären Bezug zum Thema Einwanderung.

Dieser Beitrag zeichnet nach, wie die AfD die Folgen des Kriegs, mitsamt Inflation und Versorgungsunsicherheiten im Bereich der Energie, auch mit ihrer langfristigen Mobilisierung gegen klimapolitische Maßnahmen verbinden konnte. Die Parteispitze kritisierte hier nicht nur die Waffenlieferungen an die Ukraine und die Sanktionen gegen Russland, sondern auch die deutsche Energiepolitik und das Tempo der Energiewende – und wurde in diesem Kontext einmal mehr zum Krisenprofiteur (Hansen/Olsen 2024).

2. Neue Themen für die AfD: Von Klima bis Krieg

Bereits ab Gründung der AfD spielte Kritik an klimapolitischen Maßnahmen für sie eine relevante Rolle – lehnten doch viele der wirtschaftsliberalen Gründungsfiguren die Energiewende und Angela Merkels Revision des Ausstiegs aus der Kernenergie ab. Im Grundsatzprogramm 2016 leugnet die Partei die wissenschaftlichen Erkenntnisse über den menschengemachten Klimawandel bereits (AfD 2016: 79). Und zum Höhepunkt der Mobilisierung von Fridays for Future im Jahr 2019 verkündete Alexander Gauland, dass »Kritik an der sogenannten Klimaschutzpolitik [...] nach dem Euro und der Zuwanderung das dritte große Thema für die AfD« (WELT 2019) sei – eine spektakuläre Ansage, bei deren Verwirklichung wohl auch die COVID-19-Pandemie im Weg stand. Nichtsdestotrotz blieb das Klimathema von großer Bedeutung für die Partei.

Wesentlich ist, dass die AfD nicht bloß den anthropogenen Klimawandel leugnet, sondern dass sie dabei konkrete klimapolitische Maßnahmen und Akteurinnen und Akteure in das Zentrum ihres Diskurses rückt (Küppers 2022, Otteni/Weisskircher 2022). Die Gefahr der breiten öffentlichen und parteipolitischen Anschlussfähigkeit klimaskeptischer Positionen besteht weniger in der expliziten Leugnung des menschengemachten Klimawandels an sich, da nur eine kleine gesellschaftliche Minderheit dieser Position folgt, sondern in der Mobilisierung gegen spezifische Maßnahmen und Akteure – die Fachliteratur beschreibt letzteres als »climate obstruction« (Ekberg et al. 2023). Beispielsweise mobilisierte die AfD bereits bei der Landtagswahl in Brandenburg 2014 gegen den Ausbau der Windkraft. In der »Dresdener Erklärung der umweltpolitischen Sprecher der AfD im Bundestag und den Landtagsfraktionen« (AfD 2019) lehnen diese unter anderem »einen ideologisch begründeten Kohleausstieg sowie eine CO₂-Steuer bzw. Bepreisung von CO₂ in jeglicher Form ab, forder[n] den Ausstieg aus dem Pariser Klima-Übereinkommen von 2015« und prophezeien einen »Umbau unserer freiheitlichen Gesellschaft in eine Ökodiktatur«. Die Partei nimmt auch Klimaaktivistinnen und Klimaaktivisten ins Visier – von *Fridays for Future* (Berker/Pollex 2021; Heinze 2023) bis zur Letzten Generation, der von führenden Vertreterinnen und Vertretern sogar Terrorismus vorgeworfen wurde (z. B. AfD 2023a).

Profitiert die AfD von ihrer Mobilisierung gegen konkrete Klimapolitik? Eine empirische Analyse spricht dafür: Auf individueller Ebene zeigen Umfragedaten, dass die Leugnung des menschengemachten Klimawandels mit Sympathie für die AfD korreliert, nicht jedoch für die Unterstützung anderer Parteien. Auch die Skepsis gegenüber konkreten klimapolitischen Maßnahmen wie dem Ausbau der erneuerbaren Energien oder dem Kohleausstieg korreliert am stärksten mit der Unterstützung für die AfD. Auf Aggregatebene zeigt eine Analyse von Landtags- und Bundestagswahlergebnissen, dass die AfD in Kommunen mit mehr neu errichteten Windkraftanlagen auch elektoral stärker ist, insbesondere in Ostdeutschland – was darauf hindeutet, dass Energieinfrastruktur auch lokal zu politischem Unmut beiträgt (alle Informationen aus Otteni/Weisskircher 2022, 2023).

Die AfD verband ihre Ablehnung der deutschen Regierungspolitik auch im Kontext des Kriegs Russlands gegen die Ukraine mit ihrer langfristigen Position zur Energiewende. Die Parteispitze kritisierte nicht nur die Sanktionen gegen Russland und die militärische Unterstützung der Ukraine, sondern auch die Beschleunigung der Energiewende – ein wesentlicher Aspekt ihrer Diskussion des Kriegs. In einem Entschließungsantrag zum Ausbau erneuerbarer En-

ergien, den der Bundestag am 7. Juli 2022 verabschiedete (»Osterpaket«), betonte die AfD:

»Der Ukrainekrieg hat verdeutlicht, dass vor allem die Gewährleistung der Energiesicherheit im öffentlichen Interesse liegt und der öffentlichen Sicherheit dient. Trotzdem hält die Bundesregierung am gleichzeitigen Ausstieg aus der Kohlverstromung und Kernenergie fest. Allerdings ist die Energiesicherheit bei der geplanten Dekarbonisierung der Sektoren Strom, Verkehr und Wärme nicht ohne die Kernenergie, die im Unterschied zur Photovoltaik, Windenergie und Kohleverstromung sowohl grundlastfähig als auch CO₂-frei ist, zu gewährleisten.« (AfD 2022a)

In eine ähnliche Richtung argumentierte Alice Weidel, als sie den beschleunigten Ausbau der erneuerbaren Energie als Ausdruck fehlgeleiteter Ideologie darstellt:

»Dass die Menschen in unserem Land unter einer Politik leiden, die auf rein ideologischen Gesichtspunkten aufgebaut ist und die Energiesicherheit schon ohne den Krieg in der Ukraine gefährdet, wird von der Ampelregierung geflissentlich ignoriert. Im Gegenteil betrachtet man einen Krieg, der uns von der Energieversorgung abschneidet und die Lebenshaltungskosten in die Höhe schnellen lässt, laut Annalena Baerbock als *Booster für die Erneuerbaren*.« (AfD 2022b)

Obwohl die Partei trotz Mobilisierungsversuchen im nur vermeintlich »heißen Herbst« weniger UnterstützerInnen auf der Straße mobilisieren konnte als von ihr erhofft (Rink et al. 2022), konnte sie in Umfragen ab Sommer 2022 wieder punkten. Rund um den Jahreswechsel 2022 und 2023 stand sie bei rund 15 Prozent Unterstützung. Und auch wenn Szenarien wie eine schwerwiegende Gas-Krise im Winter verhindert wurden, blieben klima- und energiepolitische Fragen schon allein wegen der Kontroverse um das Gebäudeenergiegesetz – von der AfD als »Heizhammer« porträtiert – salient. Als im Laufe des Jahres 2023 auch das AfD-Kernthema der außereuropäischen Einwanderung an Salienz gewann, erreichte die Partei neue Umfrage-Höchstwerte. Im Oktober 2023 lag die AfD bei wesentlichen Umfrageinstituten bundesweit bei über 20 Prozent und bestätigte die hohen Zustimmungswerte bei den Landtagswahlen in Hessen und Bayern. Damit feierte sie Erfolge weit über ihre Hochburgen in Ostdeutschland hinaus (Weisskircher 2022).

Im Zuge des Umfragehochs veröffentlichte die AfD im September 2023 gar ein »Sofortprogramm einer AfD-geführten Bundesregierung« (AfD 2023). Der erste Programmpunkt – »Deindustrialisierung Deutschlands stoppen« – unterstreicht abermals die Bedeutung der klimapolitischen Mobilisierung für die AfD im Kontext der *Zeitenwende*. Hier fordert die AfD u.a. ein Ende der Energie- und Verkehrswende, geringere Ausgaben für Klimapolitik, die Rückkehr der Atomkraft, die Abschaffung der CO₂-Abgabe, die Reduktion von Energiesteuern und das Ende von Subventionen für erneuerbare Energien. Ebenso nimmt sie auf die Folgen des Kriegs Bezug, wenn sie ankündigt, »die Nord-Stream-Leitungen reparieren und wieder in Betrieb nehmen«. Erst in Punkt 6 (»Für deutsche Interessen in einer multipolaren Welt«) bezieht sich die AfD explizit auf den Krieg, indem sie ankündigt, dass »[e]ine AfD-geführte Bundesregierung [...] sich unter Einbeziehung der OSZE für einen Waffenstillstand in der Ukraine einsetzen [würde], der Voraussetzung für eine langfristige Friedensperspektive« (AfD 2023b) sei. Die AfD-Rhetorik zum Krieg ist also auch in ihrem »Sofortprogramm« wesentlich mit der Ablehnung klimapolitischer Maßnahmen verknüpft.

3. Fazit

Die Entwicklung der AfD in den Jahren der Ampel-Koalition zeigt, dass temporäre Umfragetiefs der AfD keineswegs Vorbote einer fundamentalen Krise sein müssen. Binnen kürzester Zeit konnte die Partei von Konflikten rund um Krieg und Klima profitieren – und beide Themen miteinander verbinden. Ironischerweise setzten manche Beobachterinnen und Beobachter ihre Hoffnung auf eine kurz- bis mittelfristige Schwächung der AfD in die Gründung einer neuen Partei von Sahra Wagenknecht (zu deren Potenzial siehe Wagner et al. 2023) – und nicht etwa in die Performance der Ampel-Koalition. Die Schwierigkeit für Regierungen, effektiv auf die vielfältigen politischen Krisen zu reagieren, wird wohl weiterhin Nährboden für die AfD bieten. Im Kontext des Klimawandels gibt es hier zu bedenken, dass die Partei in Industrieregionen, die vom Strukturwandel betroffen sind, besonders gute Ergebnisse einfährt (Bergmann et al. 2023). Ein Ende der AfD-Kritik an klimapolitischen Maßnahmen ist mittelfristig nicht zu erwarten: Auch wenn Migration weiterhin das Kerngeschäft der AfD darstellt, ist sie mittlerweile thematisch breit aufgestellt.

Literatur

- AfD (2016): Programm für Deutschland. Das Grundsatzprogramm der Alternative für Deutschland, Website AfD, [online] https://www.afd.de/wp-content/uploads/2023/05/Programm_AfD_Online_.pdf [abgerufen am 27.09.2023].
- AfD (2019): Dresdener Erklärung der umweltpolitischen Sprecher der AfD im Bundestag und den Landtagsfraktionen, Website AfD, [online] <https://afdbundestag.de/wp-content/uploads/2019/07/Dresdener-Erkla%CC%88rung-V7.pdf> [abgerufen am 27.09.2023].
- AfD (2022a): Entschließungsantrag zu der dritten Beratung des Gesetzentwurfs der Bundesregierung – Drucksachen 20/1630, 20/2580 – Entwurf eines Gesetzes zu Sofortmaßnahmen für einen beschleunigten Ausbau der erneuerbaren Energien und weiteren Maßnahmen im Stromsektor, Drucksache 20/2660, Website AfD, [online] <https://dserver.bundestag.de/btd/20/026/2002660.pdf> [abgerufen am 27.09.2023].
- AfD (2022b): Alice Weidel: 44 Prozent der Deutschen wollen gegen Energiepolitik demonstrieren: Faeser macht sie schon jetzt zu Rechtsextremisten, Website AfD, [online] <https://www.afd.de/alice-weidel-44-prozent-der-deutschen-wollen-gegen-energiepolitik-demonstrieren-faeser-macht-sie-schon-jetzt-zu-rechtsextremisten> [abgerufen am 27.09.2023].
- AfD (2023a): Stephan Brandner: Letzte Generation ist kriminelle Vereinigung, Website AfD, [online] <https://www.afd.de/stephan-brandner-letzte-generation-ist-kriminelle-vereinigung> [abgerufen am 27.09.2023].
- AfD (2023b): 10 Punkte für Deutschland. Sofortprogramm einer AfD-geführten Bundesregierung, Website AfD, [online] https://afdbundestag.de/wp-content/uploads/2023/09/Sofortmassnahmen_AfD_Regierung_Positionspapier.pdf [abgerufen am 27.09.2023].
- Arzheimer, Kai (2023): To Russia with love? German populist actors' positions vis-a-vis the Kremlin, in: Giles Ivaldi/Emilia Zankina (Hg.), *The Impacts of the Russian Invasion of Ukraine on Right-Wing Populism in Europe* Gilles, Brussels: European Center for Populism Studies (ECPs), S. 156–167.
- Bergmann, Knut/Diermeier, Matthias/Kempermann, Hanno (2023): AfD in von Transformation betroffenen Industrieregionen am stärksten, in: *IW-Kurzbericht*, Nr. 71, Köln.
- Berker, Lars/Pollex, Jan (2021): Friend or Foe? – Comparing Party Reactions to Fridays for Future in a Party System Polarised between AfD and Green

- Party, in: Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft, 15. Bd., Nr. 2, S. 165–183.
- Ekberg, Kristoffer/Forchtner, Bernhard/Hultman, Martin/Jylhä, Kirsti M. (2023): Climate Obstruction How Denial, Delay and Inaction are Heating the Planet, Abingdon: Routledge.
- Forchtner, Bernhard (2019): The Far Right and the Environment: Politics, Discourse and Communication, Abingdon: Routledge.
- Hansen, Michael/Olsen, Jonathan (2024): Political Entrepreneurship in the Age of Dealignment. The Populist Far-right Alternative for Germany, Basingstoke: Palgrave Macmillan.
- Heinze, Anna-Sophie (2023): Parteireaktionen auf die Fridays for Future-Bewegung im Deutschen Bundestag, in: Jan Pollex, Anna Soßdorf (Hg.), Fridays for Future. Einordnung, Rezeption und Wirkung der neuen Klimabewegung, Wiesbaden: Springer VS.
- Heinze, Anna-Sophie/Weisskircher, Manès (2021): No Strong Leaders Needed? AfD Party Organisation between Collective Leadership, Internal Democracy, and ›Movement-party‹ Strategy, in: Politics and Governance, 9. Bd., Nr. 4, S. 263–274.
- Ivaldi, Giles/Zankina, Emilia (2023): The Impacts of the Russian Invasion of Ukraine on Right-Wing Populism in Europe, Brüssel: European Center for Populism Studies (ECPS).
- Küppers, Anne (2022): ›Climate-Soviets‹, ›Alarmism‹, and ›Eco-Dictatorship‹: The Framing of Climate Change Scepticism by the Populist Radical Right Alternative for Germany, in: German Politics.
- Mudde, Cas (1999): The Single-Issue Party Thesis: Extreme Right Parties and the Immigration Issue, in: West European Politics, 22. Bd., Nr. 3, S. 182–197.
- Mudde, Cas (2019): The Far Right Today, Cambridge: Polity.
- Otteni, Cyrill/Weisskircher, Manès (2022): Global Warming and Polarization. Wind Turbines and the Electoral Success of the Greens and the Populist Radical Right, in: European Journal of Political Research, 61. Bd., Nr. 4, S. 1102–1122.
- Otteni, Cyrill/Weisskircher, Manès (2023): AfD gegen die Grünen? Rechtspopulismus und klimapolitische Polarisierung in Deutschland, in: Forschungsjournal Soziale Bewegungen, 35. Bd., Nr. 2, S. 317–335.
- Rink, Dieter/Leistner, Alexander/Kühn, Sabine/Strang, Joshua (2023): »Heißer Herbst« 2022. Rechte Mobilisierung als Kristenprotest, in: Forschungsjournal Soziale Bewegungen, 36. Bd., Nr. 1.

- Steffen, Tilman (2022): AfD-Parteitag in Riesa – Partei in der Dauerkrise, in: Zeit Online, Website Zeit, [online] <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2022-06/afd-parteitag-riesa-krise> [abgerufen am 12.10.2023].
- Volk, Sabine (2023): Positionierungen der deutschen extremen Rechten zum russischen Angriffskrieg in der Ukraine, 2022/23, in: Uwe Backes/Alexander Gallus/Eckhard Jesse/Tom Thieme (Hg.), Baden-Baden: Nomos.
- Wagner, Sarah/Wurthmann, Constantin/Thomeczek, Jan Philipp (2023): Bridging Left and Right? How Sahra Wagenknecht Could Change the German Party Landscape, in: Politische Vierteljahresschrift, 64. Bd., S. 621–636.
- Weisskircher, Manès (2022): Die AfD als neue Volkspartei des Ostens?, in: Knut Bergmann (Hg.), »Mehr Fortschritt wagen«? Parteien, Personen, Milieus und Modernisierung: Regieren in Zeiten der Ampelkoalition, Bielefeld: transcript, S. 317–334.
- Weisskircher, Manès (2024): Contemporary Germany and the Fourth Wave of Far-Right Politics. From the Streets to Parliament, Abingdon: Routledge.
- WELT (2019): Gauland: Widerstand gegen Klimaschutzmaßnahmen neues Hauptthema für die AfD, Website AfD, [online] <https://www.welt.de/newsticker/news1/article201107412/Klima-Gauland-Widerstand-gegen-Klimaschutzmassnahmen-neues-Hauptthema-fuer-die-AfD.html> [abgerufen am 12.10.2023].
- Wondreys, Jakub/Mudde, Cas (2022): Victims of the Pandemic? European Far-Right Parties and COVID-19, in: Nationalities Papers, 50. Bd., Nr. 1, S. 86–103.